

NEWSLETTER

AUSGABE OKTOBER





LIEBE GENOSSINNEN UND GENOSSEN,

im letzten Monat war ich sehr viel in Baden-Württemberg unterwegs und habe im Rahmen der Kampagne unserer Fraktion „**Mehr Schein als Sein - Große Überschriften, kaum Inhalte**“ die Versprechen der grün-schwarzen Landesregierung zur parlamentarischen Halbzeit kritisch unter die Lupe genommen. Es sollte jedoch nicht bei Kritik bleiben, im Rahmen der Veranstaltungen habe ich ebenfalls unsere eigenen Konzepte und Zukunftsentwürfe für die drängenden Fragen in diesem Land vorgestellt. Die Halbzeitbilanz findet in allen **44 Stadt- und Landkreise in Baden-Württemberg statt**. Unser übergeordnetes Ziel hierbei: Den Menschen aus erster Hand die Bausteine **sozialdemokratischer Politik für Baden-Württemberg** zu präsentieren. Bei den zahlreichen Veranstaltungen ging es jedoch auch immer um die Zukunft der **SPD**. Ein Thema, welches auch angesichts der Wahlniederlagen in **Bayern und Hessen** an Aktualität kaum einbüßt.

Auch in Baden-Württemberg tobt ein **Wettkampf um politische Positionen** und Meinungen. Im kommenden Monat kandidieren gleich zwei Bundestagsabgeordnete um den Posten des*der **Landesvorsitzenden** und zwei Kandidat*innen werben um den Posten des*der **Generalsekretär*in**. Ich begrüße es, dass es über die Personalfrage des Landesvorsitz eine Mitgliederbefragung gibt. Somit können sich alle **Genossinnen und Genossen an diesem sehr bedeutenden Prozess beteiligen**. Eines ist mir jedoch wichtig: Unabhängig davon, wer schlussendlich die Wahl für sich entscheidet, sollten beide Kandidierenden sich weiterhin mit ihren nun vorgestellten Ideen kritisch an der **Parteigestaltung** beteiligen. Gerade jetzt brauchen wir Einheit und Geschlossenheit. **Die SPD ist zu wichtig für dieses Land, als dass man sie internen Rangeleien opfern könnte.**

Eure

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Sarah Wölfel'. The signature is fluid and cursive, with a long, sweeping tail on the final letter.

RADSCHNELLWEGE

NICHT ZU LASTEN DER KOMMUNE



Ich unterstütze die Forderung einiger Bürgermeister aus dem Landkreis Emmendingen, nach einer raschen Umsetzung des geplanten Radschnellweges ins Freiburger Umland und auch die Forderung, das Land möge hierzu die Finanzierung übernehmen.

In einer parlamentarischen Anfrage habe ich das Verkehrsministerium um Stellungnahme gebeten, wie es die Machbarkeitsstudie und die Finanzierung der Radschnellwege bewertet. Der Regionalverband Südlicher Oberrhein, die Gemeinden Denzlingen und Waldkirch sowie einige Kommunen aus den Nachbarlandkreisen fordern eine Übernahme der Kosten für Planung und der teilweise entstehenden Baukosten. Ich sehe

die Forderung als berechtigt an, denn die geplanten Gesamtkosten von 30 Mio. Euro sind gut investiertes Geld um eine Verkehrsentslastung zu erreichen und der wachsenden Mobilität durch E-Bikes auch Rechnung zu tragen. Ich wundere mich allerdings, dass die Potentialanalyse des Verkehrsministeriums für den hiesigen Radschnellweg den höchsten Kosten-Nutzen-Faktor im ganzen Bundesland

ausweist, das Verkehrsministerium aber zuerst die Radschnellwege an anderen Stellen realisieren will und zwar Heidelberg-Mannheim, Heilbronn-Neckarsulm-Bad Wimpfen sowie Stuttgart-Esslingen-Plochingen.

Auch Denzlingens Bürgermeister Markus Hollemann zeigt sich erstaunt über diese Auskunft. „Die Potentialanalyse war eindeutig, warum nimmt man unseren Radschnellweg nicht gleich als Pilotvorhaben in die Planung auf?“, so Hollemann.

Wer am Ende zahlt, scheint auch nicht geklärt zu sein. Das Land will Vorreiter im Bereich Mobilität und Umweltfreundlichkeit sein, wenn es aber gute Projekte gibt, kommt das Problem der Finanzierung. Entweder man schaut auf den Bund oder auf die Kommunen und Landkreise.

Nur wenn eine „überregionale Funktion“ vom Land festgestellt wird, ist es bereit, die Baulastträgerschaft zu übernehmen. Für Denzlingens Bürgermeister Hollemann ist klar, dass das Land fair die „überregionale Funktion“ bewerten muss und die Kosten nicht durch „unpassende Bewertungskriterien auf die Landkreise und Kommunen abwälzt“.

Wichtig ist weiterhin, dass der Neubau solcher Radschnellwege nicht zulasten dringend erforderlicher Lückenschlüsse im bestehenden Radwegenetz geht. Die Antwort des Landesverkehrsministeriums ist auch hier nicht erhellend. Man verweist auf die Bereitstellung von Finanzmitteln und Sondermitteln des Bundes. Deutlich wird bei diesem Thema, dass wieder einmal zwischen grünen Ankündigungen zu mehr Mobilität und der realistischen Umsetzung, große Lücken klaffen.



SOZIALDEMOKRATIE

FÜR BADEN-WÜRTTEMBERG



Seit nunmehr zwei Jahren regiert in Baden-Württemberg eine Koalition aus Grünen und CDU. Für uns ist dies Anlass genug, Bilanz zu ziehen und das Regierungshandeln zu bewerten. Jedoch soll es nicht bei Schuldzuweisungen bleiben, wir wollen auch aufzeigen, welche Vorstellungen wir von einer zukunftsfähigen Politik für dieses Land haben. Dazu haben wir uns entschlossen, in allen 44 baden-württembergischen Stadt- und Landkreisen eine Veranstaltung zur Halbzeitbilanz durchzuführen.

Kernthema bilden für uns hierbei starke Kommunen. Hier fordern wir als SPD-Landtagsfraktion 500 Millionen Euro für die Sanierung und Modernisierung unserer Schulgebäude. Noch einmal dieselbe Summe soll in die Krankenhaus- und Wohnraumförderung sowie den ÖPNV fließen. Den Kommunen fehlt es an Geld für wichtige Infrastrukturmaßnahmen. Nicht förderlich ist hier, dass die grün-schwarze Landesregierung den Kommunen wichtige Mittel vorenthält. Mit der Erhöhung der kommunalen Vorwegentnahme hatte die Landesregierung einen dreistelligen Millionenbetrag abgezweigt, der eigentlich den Kommunen hätte zugutekommen sollen. Würde man den Betrag - der den Kommunen faktisch vorenthalten wir - auf die einzelnen Bürger*innen runter rechnen, käme man auf 30 Euro pro Einwohner*innen.

Besonders schmerzt uns als Fraktion das Thema Bildung. Hier haben wir in der vergangenen Legislatur mit den Grünen viel erreicht. Dass diese sich jetzt bei allen entscheidenden

Fragen wegducken, ist ein Zeichen von Schwäche. In den zahlreichen Gesprächen mit Lehrerinnen und Lehrern an Gemeinschaftsschulen höre ich immer wieder, dass diese Schulform von der aktuellen Regierung nicht erwünscht ist und kleingeredet wird. Auch dem Unterrichtsausfall möchten wir mit einer Erhöhung der Unterrichtsversorgung auf mindestens 106% begegnen. Der Unterrichtsausfall in Baden-Württemberg ist auf einem statistischen Rekordhoch. Stellenstreichung von über 1074 Lehrerstellen durch die grün-schwarze Landesregierung leistet hier ihr Übriges. Zur Förderung von Bildungsgerechtigkeit wollen wir als Fraktion ebenfalls das Thema Ganzttag stärker forcieren. Hierzu gehört ein Ausbau des rhythmisierten Ganztages und eine gesetzliche Verankerung von Ganzttagsschulen in Klasse 5 bis 7. Für die Grundschule hatte wir dies bereits in der vergangenen Legislatur gesetzlich verankert.

In manchen Städten kosten Kita-Plätze über 600 Euro. Bei zwei Kindern ist dies eine gigantische Belastung für junge Familien. Um Familien finanziell zu entlasten fordern wir in Baden-Württemberg deshalb als Einstieg 120 Millionen Euro für ein kostenfreies Kita-Jahr. Auch muss in die Qualitätssicherung frühkindlicher Bildungsangebote investiert werden. Hierzu gehört für mich vor allem eine angemessene Bezahlung von Erzieherinnen und Erziehern und bessere Arbeitsbedingungen.

Das Thema Wohnen ist eine der zentralen sozialen Fragen des 21. Jahrhunderts. Hier möchten wir als SPD-Fraktion mit viel Geld und konkreten Maßnahmen überzeugen. 500 Millionen Euro sollen in die Landeswohnraumförderung fließen, bis 2025 sollen eine halbe Millionen neue Wohnungen gebaut werden. Schritte auf diesem Weg sind Vereinfachungen in der Landesbauordnung und die Aktivierung von 7.400 Hektar Baufläche. Stärker in die Verantwortung nehmen möchte ich große Immobilienhaie. Wir brauchen mehr sozialen und vor allem auch bezahlbaren Wohnraum und auch eine Weiterentwicklung von Instrumenten, die uns ermöglichen sozial zu bauen und zu vermieten.

Beim Thema Gesundheit soll ein 10-Punkte-Plan die hausärztliche Versorgung im ländlichen Raum sichern. Doch auch in der Krankenhausversorgung muss dringend nachgesteuert werden. Damit Krankenhäuser auf langfristiger Sicht auch finanziert werden können, wollen wir die Krankenhausförderung auf 493 Millionen Euro erhöhen und ein Sonderprogramm in Höhe von 100 Millionen Euro zur Digitalisierung der Krankenhäuser zur Verfügung stellen.

DIGITALE KOMMUNE

ZU GAST BEI FAMIGO IN KENZINGEN



Dieses Jahr gewann das Kenzinger Start-Up FAMIGO den mit 100.000 Euro dotierten Ideenwettbewerb "Tourismus digital" des Ministeriums der Justiz und für Europa Baden-Württemberg. FAMIGO bietet eine digitale Lösung, wie Städte und Gemeinden ihre Familienangebote übersichtlich auf einer Plattform darstellen können. Bei einem vor-Ort-Besuch gratulierte ich dem jungen und innovativen Start-Up. In einem persönlichen Gespräch mit dem Gründer von FAMIGO, Alexander Feldberger, machte ich mir ein eigenes Bild von der zukunftsweisenden Idee.

FAMIGO vereint für die Kommune die wichtigen Themen Digitalisierung und Familienfreundlichkeit. Viele Familien stehen vor der Frage, woher sie wichtige Informationen herbekommen. Wo finde ich gebündelt die Kita-Öffnungszeiten, die Sportprogramme der Vereine und die kinderfreundliche Speisekarte der nächsten Strauße? Hierauf möchte FAMIGO eine Antwort geben. Zum einen sollen alle Familienangebote der Kommune digitalisiert werden und zum anderen passgenau den Familien angeboten werden. Getreu dem Motto „Kinderschreien ist Zukunftsmusik“ sollen kommunale Angebote für Familien attraktiv gemacht werden. Kommunen und Unternehmen hätten einen erheblichen Standortvorteil, wenn sie ihren Arbeitnehmer*innen und Bürger*innen gleich alle örtlichen Familienangebote mit auf den Weg geben könnten.

Ich bin überzeugt, dass FAMIGO hier eine Marktlücke entdeckt hat. Die Kommunen stehen vor der Mammut-Aufgabe Digitalisierung und niemand weiß so richtig, was sich hinter diesem Mantra verbirgt. FAMIGO ist hier ein erster Schritt in Richtung familienfreundliche Kommune im digitalen Zeitalter. Jedoch stellt sich mir die Frage, wie wir kleine Start-Ups besser unterstützen können. Vor allem in der Anfangszeit gehen viele kleine und innovativen Start-Ups insolvent. Hier müssen wir uns auch als Land Gedanken machen, wie wir Gründer*innen besser unterstützen können. Andere Bundesländer gehen da sehr innovative Wege. Weitere Infos unter: <https://famigo.info>.

Europa - Was geht das mich an?

Nun regelt die EU auch noch die Beschriftung Türschildern und Briefkästen! Die Empörung dieser Tage war groß – in den Medien und bei vielen Menschen, die einmal mehr gegen vermeintlichen Dirigismus der EU bzw. gegen die [neue europäische Datenschutzgrundverordnung \(DSGVO\)](#) wetterten. **Doch derartige Behauptungen sind schlicht falsch. Seit dem 25. Mai 2018 gilt das neue Recht in ganz Europa. Ein Meilenstein in punkto Datenschutz, denn bis dahin gab es in den 28 EU-Mitgliedstaaten unterschiedliche Gesetze.** Nicht erst seit dem Facebook-Skandal war klar, dass die bisherigen Regeln aus dem Jahr 1995 in unserer digitalisierten Welt nicht mehr zeitgemäß sind. **Die DSGVO bringt viel Neues, aber sie regelt weder Namen auf Türschildern oder Briefkästen noch verlangt sie deren Entfernung.** Die neue Verordnung will vielmehr den Schutz personenbezogener Daten innerhalb der Europäischen Union sicherstellen und zugleich den freien Datenverkehr auf dem Europäischen Binnenmarktes gewährleisten. **Bürger erhalten mehr Kontrolle über ihre personenbezogenen Daten bzw. ihr digitales Leben, umgekehrt müssen Unternehmen und Institutionen genau sagen, für welchen Zweck sie welche Daten haben wollen.** Verstoßen Firmen dagegen, können sie mit Strafen von bis zu vier Prozent ihres weltweiten Jahresumsatzes belegt werden. **Den Menschen und Internetnutzern bringt dies viele Vorteile: Sie müssen u.a. besser informiert werden, haben ein Recht auf Löschung ihrer Daten und können sich im Streitfall an die eigene Datenschutzbehörde wenden – egal, wo ein Unternehmen seinen Sitz hat.** Schlimm nur, dass über die neue DSGVO nach wie vor viel Falsches im Umlauf ist. Dies verunsichert vor allem jene, die sich im Alltag nicht ständig mit Datenschutz befassen – z. B. Handwerker oder auch Ehrenamtliche in Vereinen. Gerade kleinere Unternehmen werden durch die neue DSGVO nicht unnötig belastet. Ein Handwerker, der Informationen über Mitarbeiter oder Kunden nur für eigene Zwecke speichert und diese nicht weiterverkauft, muss die Daten lediglich sicher aufbewahren, und auch die kleine Bäckerei braucht keine Datenschutzfolgenabschätzung. **Anderslautende Behauptungen sind Humbug.**

Umfassende Informationen gibt es auf der [Seite des Datenschutzbeauftragten Baden-Württemberg](#), darunter auch sehr hilfreiche Broschüren zum Thema Datenschutz im Verein sowie einen [Praxisratgeber für Vereine](#). Auch die EU-Kommission hat das Thema in ihrer [Orientierungshilfe für Bürger](#) bzw. in der Übersicht [Rechte für Bürger](#) leicht verständlich aufbereitet. Kleinere Unternehmen und Handwerker können sich speziell [hier](#) informieren.

Dies ist der dritte Beitrag aus unserer Rubrik „Europa - Was geht das mich an?“. Bis zu den Europawahlen wird in jeder Ausgabe ein Artikel diesem Thema gewidmet sein. Dabei werden auch gezielte Verbindungen von Landes- und Europapolitik dargestellt.

#Europa